Cottbuser
Herzblatt
Chośebuska wutšobka
Die linke Zeitung aus der roten Ecke
23. Jahrgang / Nr. 11 (268) November 2014 Bitte 1,00 Euro spenden

In dieser Ausgabe

Seiten 7/8: Wie wollen wir die Gesellschaft verändern?

Seite 11: Ein Krieg der Dichter und Denker

Seite 12: Freihandel für die Konzerne?

DIE LINKE im Wechselbad der Gefühle

Die jüngsten Landtagswahlen stießen DIE LINKE in ein Wechselbad der Gefühle. Die Ergebnisse wurden in der Partei mal mit Gelassenheit, mal mit Enttäuschung, mal mit Jubel aufgenommen. Die Partei könnte künftig in unterschiedlichen Rollen agieren: Als stärkste Oppositionskraft in Dresden, als Juniorpartner einer SPD-geführten Regierung in Potsdam, mit eigenem Ministerpräsidenten in Erfurt. Das sind Möglichkeiten. Politische Aushandlungen mit offenem Ausgang laufen, während diese Zeilen entstehen.

DIE LINKE konnte in Sachsen ordentlich abschneiden, aber keine Wunder vollbringen, unter anderem, weil es keine Wechselstimmung gab. Überdies ließen potentielle Partner keinen Willen erkennen, der ewigen Regierungspartei CDU gemeinsam die Stirn zu bieten. In Brandenburg erfuhr die Partei nach mehrjähriger Regierungsarbeit mit durchaus ansehnlicher Bilanz einen schmerzhaften Absturz. Thüringen bewies mit einem sensationellen Ergebnis für DIE LINKE, dass der Partei inzwischen zugetraut wird, tonangebend voranzubringen, was viele bewegt.

Überall haben sich Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten der Partei im Wahlkampf mächtig ins Zeug gelegt. Besonders in Sachsen und Thüringen habe ich das eindrucksvoll vor Ort erlebt. Dort muss jetzt die landespolitische Analyse geleistet werden.

Ich bin sicher, dass die Genossinnen und Genossen in den Ländern kluge Entscheidungen treffen, dass sie Chancen couragiert nutzen und Risiken bedachtsam abwägen werden. Da müssen weder aus Berlin noch aus anderen Landesverbänden oder irgendwelchen Gruppierungen naseweise Ratschläge erteilt werden.

Die Verantwortlichen der drei wahlkämpfenden Landesverbände waren in ständigem Kontakt. Sie kämpften unter unterschiedlichen regionalen Bedingungen gemeinsam, das sollte Schule machen.

LINKEN-Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass Solidarität im Erfolg genauso wichtig ist wie in der Niederlage. DIE LINKE, das zeigen diese Wahlen, hat einen festen Platz in der parlamentarischen Demokratie. Ihr wird etwas zugetraut, von ihr wird etwas erwartet, sie wird ermutigt und bekommt Denkzettel. Sie tut gut daran, angesichts dieser Normalität das eigene Profil zu schärfen, sich nicht in Konstellationsfragen zu verrennen.

Wenn die Partei weiter hartnäckig für eine Gerechtigkeitswende kämpft, wird sie keine Themen verlieren, sondern Einfluss gewinnen und die Gesellschaft verändern. Auf der Bundesebene ist konsequente Oppositionspolitik eine zentrale Voraussetzung für einen Politikwechsel, der durch eine breite Unterstützung in der Gesellschaft getragen sein muss.

Die geringe Wahlbeteiligung und der Einzug der rechtspopulistischen AfD in drei Landtage fordern alle demokratischen Parteien heraus. Die „beste Antwort“, befand die Bundeskanzlerin, sei eine erfolgreiche Regierungsarbeit „für die Menschen im Lande“. Ich glaube, dass eine solche arrogant-gönnerhafte Haltung den falschen Weg weist. Die Leute warten nicht auf die Segnungen einer Politik „von oben“. Sachsen und Thüringen nennen sich Freistaaten, was nichts anderes heißt, als dass sie von ihren freien Bürgerinnen und Bürgern regiert werden (sollen)!

Will DIE LINKE ihre Position als bundesweit wählbare Alternative und als LINKE Volkspartei im Osten ausbauen, muss sie über drei Fragen nachdenken: Darüber, wie sie ihren Platz im Protest gegen soziale Ungerechtigkeit, Demokratieabbau und militärische Kraftmeierei wieder ausbaut. Darüber, wie erreicht wird, dass die Facharbeiterinnen und Facharbeiter, die Angestellten, Handwerker und all die anderen aus der Mitte der Gesellschaft das Gemeinwesen nicht länger fast allein finanzieren. Darüber, welche Konsequenzen DIE LINKE daraus zieht, dass einerseits Millionen von Arbeitslosigkeit, prekärer Beschäftigung, Kinder- oder Altersarmut betroffen sind, andererseits viele Menschen, ja Mehrheiten, mit ihren Lebensumständen sehr wohl zufrieden sind. Partnerinnen und Partner wird DIE LINKE überall finden, weil überall Menschen meinen, dass dieses Land nicht weiter Verschleiß gefahren und die Zukunft aufs Spiel gesetzt werden darf.

Also: Anpacken!

Dr. Dietmar Bartsch,
stellv. Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE im Deutschen Bundestag

DIE LINKE.
Ortsverband Cottbus

Rekordwert an Selbstanzeigen im Land Brandenburg

Finanzminister Görke spricht von Torschlusspanik, bevor Verschärfungen zum 1. Januar bei Selbstanzeigen in Kraft treten

Im Land Brandenburg sind in diesem Jahr zwischen dem 1. Januar und dem 30. September insgesamt 212 neue Selbstanzeigen im Zusammenhang mit Kapitalanlagen eingegangen. Damit haben sich im Jahr 2014 im Land Brandenburg so viele Menschen wie noch nie selbst angezeigt, im Zusammenhang mit Kapitalanlagen Steuern hinterzogen zu haben. Im gesamten Vorjahr waren im Land Brandenburg 114 neue Selbstanzeigen dieser Art eingegangen. Auch das war bis dahin bereits ein Höchstwert gewesen.

Finanzminister Christian Görke: „212 neue Selbstanzeigen im Zusammenhang mit Kapitalanlagen sind für Brandenburg ein neuer Rekordwert. Damit haben sich im bisherigen Jahr fast so viele Brandenburgerinnen und Brandenburger selbst angezeigt wie in der Summe zwischen 2010 bis Ende 2013, als 218 Selbstanzeigen bei unseren Finanzämtern eingingen!

Ab 1. Januar 2015 gilt das verschärfte Recht bei Selbstanzeigen. Angesichts der gerade jetzt feststellbaren starken Zunahme der Zahl der Selbstanzeigen gewinnt man den Eindruck, dass bei einigen Betroffenen Torschlusspanik das Handeln bestimmt. Politisch wird anhand dieses Anstiegs jedoch klarer als je zuvor, welches Ausmaß der Steuerbetrug in Deutschland bereits angenommen hatte. Insofern sehe ich mich in unserer Forderung nach Abschaffung der strafbefreienden Selbstanzeige, auch wenn wir uns damit noch nicht durchsetzen konnten, bestätigt.

Die Verschärfung der Möglichkeiten, sich strafbefreiend selbst anzeigen zu können, war dennoch ein richtiger Schritt, um dem Steuerbetrug nunmehr wirksamer nachgehen zu können.“

Finanzminister Görke kündigte an, „dass der Bereich der Steuerfahndung innerhalb der Finanzverwaltung künftig personell gestärkt werden wird. Dazu dient unter anderem auch die beachtliche Anhebung der Ausbildungszahlen für die Finanzämter auf derzeit 76 Auszubildende und Studierende. Die ersten Absolventen der 2010 in Brandenburg wieder aufgenommenen Ausbildung sind in diesem Jahr in den Finanzämtern angekommen, darüber freue ich mich ganz besonders.“

Bund und Länder haben vereinbart, dass es ab Januar 2015 für geständige Steuerbetrüger deutlich teurer wird, mit einer Selbstanzeige straffrei davonzukommen. So sinkt die Grenze, bis zu der Steuerhinterziehung ohne Zuschlag bei einer Selbstanzeige straffrei bleibt, von 50 000 auf 25 000 Euro. Künftig muss zudem für einen Hinterziehungsbetrag von 25 000 bis 100 000 Euro ein Strafzuschlag von zehn Prozent gezahlt werden, um in den Genuss der Strafverschonung zu kommen. Ab 100 000 Euro erhöht sich dieser auf 15 Prozent und ab einer Million Euro Hinterziehungssumme werden 20 Prozent Strafzuschlag fällig. Der heute gültige Zuschlag von fünf Prozent wird damit deutlich erhöht.

Von 2010 bis 30. September 2014 gingen insgesamt im Land Brandenburg 430 Selbstanzeigen im Zusammenhang mit Kapitalanlagen ein. Dadurch wurden bislang Steuermehreinnahmen rund 9,7 Millionen Euro kassenwirksam eingenommen.

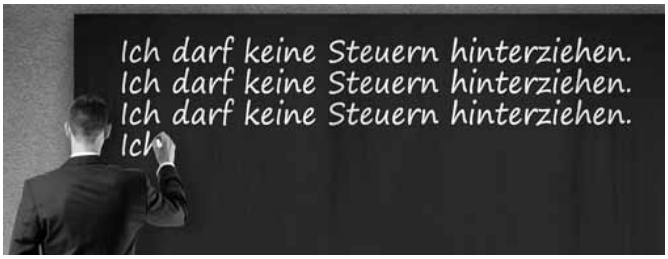

Foto: trialog-unternehmerblog.de

Neue Fraktion beschließt Erhöhung des Sozialfonds

Die neue Landtagsfraktion hat am 23. September beschlossen, ihren Sozialfonds auf jährlich 360 Euro pro Abgeordnetem zu erhöhen, zusätzlich zu den regelmäßigen Spenden der Abgeordneten aus ihrer Tätigkeit im Landtag an die Partei auf Kreis- und Landesebene. Dazu erklärt die LINKE-Fraktionsvorsitzende Margitta Mächtig: Mit diesem Geld unterstützen wir als Fraktion seit Anfang der 90er Jahre soziale Initiativen und Projekte, die sich mit der Bitte um finanzielle Unterstützung an uns wenden.

So haben wir heute 300 Euro für den „Verein Gedenkstätte KZ-Außenlager Schlieben- Berga e.V.“ (www.schlieben-berga.de) beschlossen. Dem 2009 gegründeten Verein gehören 28 Mitglieder der Region (Landkreis Elbe-Elster), bundesweit, Frankreich und Großbritannien sowie zehn ehemalige KZ-Häftlinge als Mitglieder an. Ziel des Vereins ist es, die Geschichte des so oft als „vergessenes Lager“ bezeichneten KZ-Außenlagers Schlieben aufzuarbeiten, zu dokumentieren und der Öffentlichkeit im Rahmen einer Gedenkstätte beziehungsweise eines Informations- und Begegnungszentrums zugänglich zu machen.

Eine solche Initiative unterstützen wir als Fraktion DIE LINKE insbesondere in einer Zeit, in der Neonazismus und Nationalismus europaweit wieder erstarken und wir die Geschichte als lebendige Mahnung verständlich und erlebbar machen wollen.

Basiskonferenz Süd in Lauchhammer

Vorstellung und Diskussion des Koalitionsvertrages

Vor dem Mitgliederentscheid der LINKEN über die Annahme des Koalitionsvertrages mit der SPD Brandenburg zur erneuten Bildung einer rot-roten Landesregierung fand am 15. Oktober die Basiskonferenz der drei südlichen Kreisverbände in Lauchhammer statt. Rund 100 Genossinnen und Genossen reisten nach Südbrandenburg, um sich in einer ersten Regionalkonferenz über den mit der SPD ausgehandelten Koalitionsvertrag zu informieren und zu diskutieren.

Einige Mitglieder unserer Verhandlungsgruppe - Gerrit Große, Kirsten Tackmann, Christian Görke und weitere - standen Rede und Antwort.

Die Resonanz auf das Vertragswerk war überwiegend positiv. Auch wenn nicht alle unsere Wünsche erfüllt werden konnten, und zum Beispiel beim Thema Energiepolitik ein Kompromiss gefunden werden musste, so trägt der Koalitionsvertrag eindeutig eine LINKE Handschrift. Viel mehr als im Jahr 2009 haben wichtige Schlüssselprojekte der LINKEN Eingang in den Vertrag gefunden. Bedenkt man die Mehrheitsverhältnisse – 31 Prozent SPD und 18 Prozent DIE LINKE – so ist festzustellen, dass viel mehr DUNKELROT drin ist als SPD.

Christian Görke nahm eine sehr kritische Wahlauswertung vor, rief jedoch alle dazu auf, den Kopf nicht in den Sand zu stecken, sondern weiterhin aktiv mitzugestalten.

Die Landesgeschäftsführerin und neue Landtagsabgeordnete Andrea Johlige moderierte die knapp dreistündige Veranstaltung. Gesprächsbedarf gab es vor allem für die Politikbereiche Bildung, Energie/Umwelt und Ländlicher Raum. „Wir als Land sind mit diesem Koalitionsvertrag bis 2019 zukunftsfähig. Deshalb werbe ich für ihn“, so Ralf Christoffers in Lauchhammer stellvertretend für fast alle TeilnehmerInnen.

Mit großem Interesse war auch die Linke Jugend vom Ortsverband Cottbus mit dabei. Von links: Kreisgeschäftsführer Christopher Neumann sowie Lukas Hellwig und Sten Marquaß, zwei angehende Lehrer. Rechts hinter ihnen spricht Dr. Dietrich Loeff, der auch eine gründliche Auswertung der Ergebnisse von den Landtagswahlen in verständlicher Form einfordert.

Foto: Peter Ehrentreich (www.dielinke-lausitz.de/partei/ov_spremberg)

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner bestätigt

In der Stadtverordnetenversammlung am 24. September wurden auch die durch die Fraktionen vorgeschlagenen sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner bestätigt. Sie stehen in den Ausschüssen mit ihren Erfahrungen und ihrem Wissen den Stadtverordneten beratend zur Seite.

Für DIE LINKE sind das:

Ausschuss für Wirtschaft, Bau und Verkehr:
Dr. Uli Schur, Andreas Kromer

Ausschuss für Haushalt und Finanzen:
Dr. Ulrich Neidhardt , Peter Süßmilch

Ausschuss Recht, Sicherheit, Ordnung und Petitionen:
Birgit Mankour, Peter Kuchta

Ausschuss für Bildung, Schule, Sport und Kultur:
Hans-Holger Lange , Steffen Picl

Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Rechte der Minderheiten:
Constanze Kovalev ,Brita Richter

Ausschuss für Umwelt:
Peter Domke , Benjamin Schulz

Die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE haben sich vorgenommen, die Zusammenarbeit mit unseren Sachkundigen intensiver als in den vergangenen Jahren zu gestalten.

Es zeichnet sich ab, dass an den Fraktionssitzungen mehr als früher diese wichtigen Berater teilnehmen.

Auf Vorschlag von André Kaun werden sich unsere Mitglieder in den Ausschüssen immer eine halbe Stunde vor Beginn treffen, um sich abzustimmen. Bisher klappt auch das ganz gut. Weiter so!

DIE LINKE.
Ortsverband Cottbus

Gedanken im Vorfeld der Cottbuser Gesamtmitgliederversammlung

DIE LINKE in Cottbus hat zum 8. November eine Gesamtmitgliederversammlung zur Wahl eines neuen Ortsvorstandes einberufen.

Ich habe die Absicht, für diesen Vorstand zu kandidieren und bin bereit, die Entscheidung der Genossinnen und Genossen vorausgesetzt, die Funktion des Vorsitzenden zu übernehmen.

In Gesprächen mit Mitgliedern unseres Ortsverbandes werden für mich einige Aufgaben immer deutlicher. Wir sollten sie an diesem Tag diskutieren und, wo nötig, Weichenstellungen in Richtung Zukunft vornehmen.

Welche Aufgaben sind das?

Wir haben als Partei DIE LINKE in letzter Zeit einige Rückschläge hinnehmen müssen. Das trifft auch auf Cottbus zu. Die Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung ist von vierzehn Sitzen auf zehn geschrumpft. Einen weiteren haben wir verloren, weil eine Zusammenarbeit mit Jürgen Maresch, der inzwischen auch nicht nur inhaltlich, sondern formal unsere Partei verlassen hat, unmöglich wurde.

Die Zahl der Mitglieder des Stadtverbandes geht zurück. Nachwuchs gibt es nur in geringer Zahl. Die Kontinuität in der politischen Arbeit ist in Gefahr. Die anfallenden Aufgaben liegen auf immer weniger Schultern.

Trotz großer Anstrengungen vieler aktiver Genossinnen und Genossen geht der Kontakt zu den Menschen, die unsere Politik mit Sympathie betrachten und uns bisher wählten, verloren.

Wir sollten nach meiner Auffassung am 8. November über folgende vier, miteinander verknüpfte, Komplexe vorrangig diskutieren und zu Schlüssen kommen:

1. Wie soll sich in den nächsten Monaten die Struktur der Partei in der Stadt entwickeln? Was ist praktikabel? Was entspricht den Mitgliederzahlen, der Kraft der Mitglieder und der Arbeitsfähigkeit am besten?
2. Wie können wir die Gewinnung neuer Mitglieder weiter aktivieren?
3. Wie können wir die Beziehungen zwischen dem Stadtverband und der Fraktion stabil gestalten?
4. Wie kommen wir mit den Inhalten unserer Politik an potentielle Wähler?

Ich bin mir darüber im Klaren, dass der neue Vorstand vor Aufgaben steht, die nur mit kollektiver Anstrengung und weitreichender Kooperation zu lösen sind.

In diesen Tagen werden Gespräche mit Genossinnen und Genossen geführt, die bereit sind, als Mitglieder des Ortsvorstandes zu kandidieren. Natürlich bleibt die Liste offen. Jede Kandidatur, jede Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit bringt uns voran.

Eberhard Richter,
Fraktionsgeschäftsführer

Landesparteitag in Potsdam: Das sind die neuen MinisterInnen

Mit dem kräftigen Rückenwind des überaus deutlichen Mitgliederentscheides, es gab über 92 Prozent Zustimmung zum Koalitionsvertrag, wurde der Parteitag der LINKEN Brandenburg am 1. November in Potsdam durchgeführt.

„Wir wollen dieses Land besser machen und in einer zweiten rot-roten Koalition das fortsetzen, was wir in der ersten Koalition begonnen haben. Das Fundament ist gelegt“, erklärte der Parteivorsitzende Christian Görke in seiner Rede am Samstagmorgen.

Die neue Ministerriege: Helmuth Markov, Diana Golze und Christian Görke (v. l.)

Er gab damit gleichzeitig einen ersten Ausblick auf die nächsten fünf Jahre der LINKEN. Brandenburg in der Regierungsverantwortung. Görke sprach offen und selbstkritisch einige Fehler der Vergangenheit an, die für die doch deutlichen Stimmenverluste bei der Landtagswahl im September gesorgt hatten. „Die Analyse hat begonnen. Wir müssen hörbarer, sichtbarer und spürbarer werden“, forderte Görke.

Er präsentierte zudem den Nominierungs-Vorschlag für **die LINKEN Ministerien** in der nächsten Legislatur: Es sind **Diana Golze** für das Ministerium Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie; **Helmuth Markov** für Justiz, Europa und Verbraucherschutz; **Christian Görke**, Finanzministerium. Über 74 Prozent Zustimmung gab es von den insgesamt 124 Delegierten dafür in Potsdam.

„Brandenburg wartet auf uns“, erklärte Görke zum Abschluss des Parteitages.

Wirtschaft mit sozialen Kriterien fördern

Gespräch mit Ralf Christoffers, Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten a.D.

25 Jahre nach dem Mauerfall geht es Brandenburg wirtschaftlich bestens. Können wir also entspannt in die Zukunft blicken?

Ja, die wirtschaftliche Lage ist stabil. In den kommenden Jahren aber werden uns weniger Finanzmittel zur Verfügung stehen, und es zeichnet sich schon jetzt ab, dass die Konjunktur abschwächt.

Geht es nach uns LINKEN, werden wir mit einer vorausschauenden Wirtschaftspolitik reagieren, um stabilisierend auf die soziale und wirtschaftliche Situation einzuwirken.

In den vergangenen fünf Jahren haben wir Rahmenbedingungen geschaffen, die das Land Brandenburg an die Spitze der ostdeutschen Länder beim Wirtschaftswachstum gerückt haben. Die Arbeitslosigkeit ist die Niedrigste seit 1990. Das ist eine positive Entwicklung, aber es gibt noch zu viele prekäre Arbeitsverhältnisse.

Der Koalitionsvertrag zwischen SPD und LINKEN soll das Land bis 2020 zukunftssicher machen.

Zum Beispiel?

Ziel ist es weiterhin, dauerhafte und gute Arbeitsplätze zu schaffen und alles dafür zu tun, bestehende Arbeitsplätze zu sichern.

Aber Brandenburg hat empfindliche Rückschläge hinnehmen müssen, zum Beispiel in der Solarbranche...

Die Solarbranche hat gezeigt, dass es ohne eine vorausschauende Industrie- und Technologiepolitik auch keine sicheren Arbeitsplätze im Bereich der Erneuerbaren Energien gibt. Aber es ist uns zur damaligen Zeit nicht gelungen, unser industriepolitisches Verständnis in bundespolitische Entscheidungen zu überführen. Inzwischen gibt es dazu eine offenere Diskussion. Damals war aber bereits klar, dass die reine Modulproduktion nicht auf Dauer wettbewerbsfähig ist. Aber rund 75 Prozent der Beschäftigten in Frankfurt/Oder konnten vermittelt werden, in Prenzlau ist die industrielle Kernsubstanz erhalten worden.

Für Brandenburg haben wir neue Grundlagen gelegt – mit der Innovationsstrategie oder dem Aktionsplan ProIndustrie. Mit der Innovationsstrategie wollen wir eine noch engere Verknüpfung von Wissenschaft und Wirtschaft erreichen und so gemeinsam mit Berlin zu einer europäischen Innovationsregion werden.

Der Aktionsplan Pro Industrie orientiert sich zum einen auf die Erhaltung des Industriestandortes Brandenburg und wird mit seinen Maßnahmen den neuen Anforderungen an die Unternehmen aber auch an die neuen Bedingungen der Arbeitswelt gerecht.

Handwerker, Dienstleister und Mittelständler mit regionaler Verwurzelung sowie die Freien Berufe stehen dabei besonders im Fokus. Gerade das Handwerk mit seinen vielen Betrieben, das eine hohe Zahl an Arbeitsplätzen zur Verfügung stellt, ist in seiner Bedeutung kaum zu überschätzen. „Kräfte zu bündeln“ ist dafür ein übergeordnetes Prinzip unserer Förderpolitik.

Damit wollen wir die Steigerung des Wachstums und der Beschäftigung unterstützen.

Ein Bestandteil davon ist, dass wir Technologieentwicklung und Technologietransfer, also die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft, zu einem zentralen Thema unserer Politik gemacht haben, denn neue und Innovative Produkte sind der Schlüssel für wirtschaftlichen Erfolg und dienen so der Sicherung von Arbeitsplätzen.

Die Brandenburger Landesregierung wird Forschung und Entwicklung jährlich mit 200 Millionen unterstützen.

Wie kann das gelingen, wenn weniger Finanzmittel als bisher zur Verfügung stehen?

Wir haben bereits begonnen, das Fördersystem umzubauen. Neben Zuschüssen für Unternehmen und Projekte werden mehr und mehr Darlehen die Basis für die Unterstützung der Wirtschaft bilden. Das hat den Vorteil, dass das Geld, das wir ausgeben, zu einem späteren Zeitpunkt zurückfließt und wir es dann wieder neu einsetzen können.

Die Höhe der Förderung wird unter anderem an soziale Kriterien geknüpft. Ein weiteres Kriterium ist aber auch die Energieeffizienz.

Darüber hinaus werden wir die Beratungs- und Dienstleistungsangebote für die Wirtschaft ausbauen. Beispielsweise kann unsere Wirtschaftsfördergesellschaft, die ZukunftsAgentur Brandenburg (ZAB), durch die Integration von Teilen der Arbeitsmarktförderung sowohl bestehende Unternehmen als auch mögliche Investoren bei der Suche nach Fachkräften unterstützen.

Gerade den kleinen und mittelständischen Unternehmen, aber auch den Handwerksbetrieben fällt es immer schwerer, Fachkräfte zu finden. Wie können Sie helfen?

Die Rot-Rote Koalition will das Image des Landes stärken. Es muss bekannter werden, dass Brandenburg ein modernes, tolerantes und lebenswertes Land ist. Dies ist eine der Voraussetzungen, um Fachkräfte anzuwerben und hier vorhandene zu halten.

Es muss klar sein, dass man bei uns Arbeitsplätze findet, die anständig bezahlt werden, die sicher sind, die die Vereinbarkeit von Job und Familie ermöglichen, bei denen altersgerechte Arbeitsbedingungen eine Rolle spielen.

Natürlich gehören zu einem guten Arbeitsplatz auch ein betriebliches Gesundheitsmanagement und hohe Standards beim Arbeitsschutz. Den Rahmen dafür setzt eine funktionierende Sozialpartnerschaft.

Ich möchte daran erinnern, dass es DIE LINKE war, die 2010 einen Mindestlohn für öffentliche Aufträge eingeführt hat. Damit war Brandenburg Vorreiter in Deutschland.

LAG Betrieb & Gewerkschaft kritisiert Lohngefälle

Die LAG Betrieb & Gewerkschaft hat das nach wie vor vorhandene Lohngefälle zwischen West- und Ostdeutschland kritisiert: „Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) stellte fest, dass in Ostdeutschland im Jahr 2012 das mittlere Brutto-Monatsentgelt bei 2139 Euro lag, in Westdeutschland bei 2916 Euro. Das sind 73 Prozent des Westwertes. Der mittlere Brutto-Monatsverdienst für sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigte reichte im Jahr 2012 von 1776 Euro im Landkreis Vorpommern-Rügen bis zu 4119 Euro im Kreis Wolfsburg. In den brandenburgischen Landkreisen lag er unter 2270 Euro. Im bundesdeutschen Mittel lag der Lohn bei 2782 Euro pro Monat. Die regionalen Lohnunterschiede innerhalb Deutschlands sind beträchtlich. Besonders groß sind sie nach wie vor zwischen Ost- und Westdeutschland.“ Darüber hinaus setzte sich die LAG mit dem **Stand der Deutschen Einheit** (siehe unten) auseinander.

Zum Stand der deutschen Einheit

Im Jahresbericht 2014 zum Stand der deutschen Einheit wird als Handlungsschwerpunkt die Fortführung und Förderung des gesellschaftlichen Prozesses zur weiteren Vertiefung der inneren Einheit und zur Sicherung und Stärkung unserer Demokratie genannt.

Desweiteren heißt es dort. „Die Menschen in Ost und West bringen unterschiedliche Erinnerungen und unterschiedliche Biografien aus der geteilten Vergangenheit mit. Dies gilt es zu erkennen, zu akzeptieren und in einem solidarischen Bewusstsein miteinander zu verbinden, ohne dabei Interessen, individuelle Unterschiede oder persönliche Wünsche und Vorstellungen einebnen zu wollen. Das ist die Voraussetzung für die Herstellung der Einheit, die auch 25 Jahre nach der friedlichen Revolution 1989 in der DDR auf der Tagesordnung bleibt. Wir brauchen einen unverkrampften Umgang miteinander, wie ihn die junge Generation so erfreulich vorlebt. Die Möglichkeiten, sich der gemeinsamen Leistungen in Ost und West bewusst zu werden, sind vielfältig. Im täglichen Umgang miteinander sollte dies eine besondere Rolle spielen. Der Weg zur inneren Einheit kann nur über gegenseitigen Respekt und Anerkennung beschritten werden.“

Zahlreiche Studien und Gutachten belegen, dass die Ausbildungsabschlüsse, Biografien und Lebensleistungen der Ostdeutschen mit DDR-Sozialisierung immer noch entwertet werden, und dass die Benachteiligung von Ostdeutschen allgegenwärtig ist.

Mit der Folge, dass in Führungspositionen selten Ostdeutsche anzutreffen sind. Dies dürfte ein Grund dafür sein, dass die Hälfte unserer Wähler sich als Verlierer der Einheit fühlen. Solange Ostdeutsche benachteiligt werden, solange wird die innere Einheit nicht vollendet sein! DIE LINKE sollte sich dem Thema verstärkt widmen.

Sogar die Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) sieht 25 Jahre nach dem Mauerfall Ostdeutsche noch

zu wenig in verantwortlichen Positionen. Ostdeutsche müssten in Gesamtdeutschland sichtbarer sein, „auch in Positionen, in denen etwas entschieden wird, nicht nur in der Politik, sondern auch in Wirtschaft und Wissenschaft“, sagte Schwesig. Eine Kanzlerin und zwei Ost-Minister reichten nicht, ergänzte die SPD-Politikerin.

Der Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg" gibt die Einschätzung der Gutachter wieder, wonach die Chancen ostdeutscher Bewerberinnen und Bewerber bei der Besetzung von Spitzenämtern in der Landesverwaltung auch 23 Jahre nach Gründung des Landes gering sind. Die hierzu erfolgten Kleinen Anfragen unserer Partei haben darüber hinaus deutlich gemacht, dass in den Ministerien, aber auch bei den Staatsanwaltschaften, der Anteil der Ostdeutschen in Führungspositionen geradezu marginal ist.

Daher empfiehlt die Enquete-Kommission:

- Zur Unterstützung einer offenen und bürgernahen Verwaltungskultur ist insbesondere in Führungspositionen der Ministerialverwaltung eine größere Durchlässigkeit und Flexibilität auch für Quereinsteiger anzustreben. Die Landesregierung sollte im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten darauf hinwirken, dass die Qualifikationen von Landeskindern für höhere und höchste Positionen im öffentlichen Dienst verstärkt gefördert werden.
- Weiterhin ist darauf zu achten, dass ostdeutsche Bewerberinnen und Bewerber für den öffentlichen Dienst keine ungerechtfertigten Benachteiligungen aufgrund ihrer Biografien erfahren. Bei älteren ostdeutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sollten dazu Möglichkeiten entsprechender Anpassungsqualifikationen geprüft werden.

Die AG Betrieb&Gewerkschaft Brandenburg fordert, dass diese Empfehlungen zügig umgesetzt werden, und alle erforderlichen Maßnahmen zur Beseitigung der Benachteiligung von Ostdeutschen, insbesondere der strukturellen Benachteiligung, ergriffen werden. Hierfür ist die Verabschiedung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes unerlässlich

Günter Foss, Landessprecher
AG Betrieb&Gewerkschaft
Brandenburg

Ideen, Fragen, Konzepte für den Zukunftskongress (call for ideas) gesucht

Wie wollen wir die Gesellschaft verändern?

Brief der Parteivorsitzenden DIE LINKE

Foto: Aris

Liebe Genossinnen und Genossen,

Im April 2015 veranstalten wir in Berlin einen Zukunftskongress. Es geht darum, die gesellschaftlichen Bedingungen und die Wünsche für eine sozial gerechte und ökologische Zukunft zu diskutieren. Wir wollen in die gesellschaftliche Diskussion um eine Zukunft jenseits des neoliberalen Finanzkapitalismus eingreifen und LINKE Alternativen stärken.

Im Mittelpunkt stehen Fragen: Wie wollen wir die Gesellschaft verändern, an welchen Widersprüchen setzen wir an, mit wem wollen wir das gemeinsam tun? Es geht also auch um die Zukunft und die Zukunftsfähigkeit der LINKEN und der LINKEN selbst.

Der Kongress lebt daher von Euren Ideen, Diskussionen, Erfahrungen mit der politischen Praxis

Die Politik der Bundesregierung lässt viele Probleme unserer Gesellschaft liegen. Sie hat eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, aber die reichen nicht bis an den Kern der Probleme heran: Eine Steuerpolitik, die Reichtum nicht angreift und die Armut der öffentlichen Daseinsvorsorge, Bildung, Gesundheit und der öffentlichen Infrastruktur nicht beheben kann. Die Ungleichheit in unserer reichen Gesellschaft hat so zugenommen, dass selbst die Weltbank besorgt ist. Mindestens ein Viertel der Bevölkerung ist und fühlt sich abgehängt – in der Regierung scheint das Niemand für einen Skandal zu halten. Die Energiewende abgebogen, Freihandelsabkommen, die die Demokratie bedrohen. Kein Konzept für eine Alternative zur Waffenproduktion, zu einer Exportindustrie, die die Nachbarn zum Bettler macht und auf Verkehrsmodelle setzt, die die Welt verpesten. Eine hochtechnologische Entwicklung, die die Menschen nicht freier macht, sondern stärker überwacht.

Die Zukunft scheint verstellt. Das Schweigen darüber ist organisiert.

Wenn wir dies kritisieren, geht es uns nicht um eine Rückkehr in vermeintlich bessere vergangene Zeiten. Vielmehr meinen wir: Demokratisch-Sozialistische Politik sollte ihre Poesie aus der Zukunft ziehen. Deshalb wollen wir den Horizont wieder öffnen und die drängenden Fragen in den Mittelpunkt unserer Diskussion stellen: Was wollen wir wie produzieren, ohne die Welt zu zerstören? Wie sollen Zeit, Reichtum sowie die verschiedenen Arbeiten und Tätigkeiten (auch unter den Geschlechtern) verteilt sein? Wie können Energie, Verkehr und unserer Kommunen so gestaltet werden, dass sie auch für die kommenden Generationen wünschbar sind? An vielen Orten und in vielen Auseinandersetzungen engagieren sich Menschen für Alternativen, aber bisher gelingt es nicht, daraus die Kräfteverhältnisse wirksam zu verschieben.

Seit der Agenda 2010 gelingt es kaum, die Erwerbslosen und Beschäftigten im Niedriglohn auf der einen Seite und in den sogenannten „Kernbelegschaften“ auf der anderen gemeinsam anzusprechen. Ihre Interessen scheinen gegeneinander zu stehen: Beruht nicht der Erfolg im Export auf dem Niedriglohn? Auf dieser Spaltung beruht die Macht der Regierung wie die Machtlosigkeit der Gegenbewegungen. Wie kommen wir in eine neue Dynamik?

Auch unsere eigene Politik wollen wir befragen: Sind unsere Alternativen auf der Höhe der Zeit, nehmen sie die Kräfteverhältnisse richtig wahr? Was ist zu tun, damit technischer Fortschritt wirklich emanzipatorisches Potential freisetzt? Und: Wie können wir unsere Alternativen durchsetzen? Mit wem können wir uns verbinden? Was sind Einstiege auf dem Weg zu einem ökologischen, demokratischen, lustvollen Sozialismus? Mit welchen Projekten kommen wir hier voran?

Wenn über die großen Fragen der Zukunft diskutiert wird, dann oft auf zwei Arten: Entweder werden die (schlechten) Verhältnisse analysiert. Am Ende wird kurz über die Aufgaben gesprochen, die sich daraus für die Zukunft ergeben (meist mit dem Hinweis, dass im Schoß der heutigen Verhältnisse das Morgen schlummert). Oder es werden wünschenswerte Zukünfte entworfen und auf bunten Flipcharts festgehalten. Doch die notwendigen Verbindungen zu den Kräfteverhältnissen und die Frage des Übergangs fehlen oft: Unser Kongress soll nicht in diese Fallen gehen.

Die Zukunft beginnt heute. Zukunftsfragen können nicht losgelöst von ökonomischen und Machtfragen diskutiert werden. Und LINKE Diskussion um Zukunft braucht einen utopischen Überschuss. Gleichzeitig müssen konkrete Projekte entwickelt werden, mit denen wir Politik machen können. Dann können die großen universellen Fragen in der Praxis wirksam werden.

(Fortsetzung auf Seite 8)

Wie wollen wir die Gesellschaft verändern?

(Fortsetzung von Seite 7)

Bislang haben wir fünf thematische Achsen geplant:

1. Zukunft der gesellschaftlichen Arbeit. Zeit fürs ganze Leben statt prekär und erschöpft
2. Gleichheit als Chance: Umverteilung von privat zu öffentlich, von oben nach unten, von den Gewinnen zu den Löhnen
3. Zukunft der Daseinsvorsorge / Zukunft des Öffentlichen / der Commons
4. Produktion der Zukunft: Unser Plan B /Wachstum vs. Lebensqualität. Wirtschaftsdemokratie & Konversion statt Finanzkapitalismus & Austerität
5. Aneignung der Demokratie, unter anderem Bildung im Zeichen von Mündigkeit

Wir möchten Euch einladen, in den Kreis- und Landesverbänden, in den Ortsgruppen und Arbeitsgemeinschaften – oder zuhause am Küchentisch – zu überlegen, wo Eure Fragen liegen, wo Ihr Bedarf für Klärungen und Weiterentwicklungen seht. Dabei geht es nicht darum, eine neue Programm-Debatte zu eröffnen. Wir wissen um die (pluralen) Positionen der Partei.

Der Kongress soll einen Beitrag zur politischen Kultur in der Partei leisten. Er ist eine Einladung zum mitdenken und mitarbeiten. Das wird sich auch darin zeigen, wie wir die Diskussionen organisieren. Wir werden Podiumsdiskussionen veranstalten, auf denen Analysen und Konzepte vorgestellt werden, die unsere Diskussion bereichern sollen. Dann aber wollen wir „Labore“ eröffnen, auf denen die Fragen von Strategie und Hegemonie im Mittelpunkt stehen sollen: Konzepte, Projekte und Politikerfahrungen werden eingebracht. In Foren sollen alle die Möglichkeiten haben, ihre Erfahrungen auszutauschen und sich mit anderen zu vernetzen.

Bitte schickt uns Eure Diskussionsvorschläge, Themen oder Thesen oder konkrete Ideen für ReferentInnen oder Programmpunkte für einen Zukunftskongress an die Mailadresse kongress@die-linke.de.

In Bälde werden wir auch einen entsprechenden Blog einrichten.

Wir freuen uns auf Eure Beiträge!

Mit solidarischen Grüßen

Katja Kipping, Bernd Riexinger,
Parteivorsitzende DIE LINKE

Linksjugend spendet für Sachsendorfer Sport- und Spielplatz

Am 27. Oktober wurde der Sport- und Spielplatz der Wohnstätte für Asylbewerber in Cottbus-Sachsendorf (Malteser Werke gGmbH) der Öffentlichkeit übergeben. Die Linksjugend Cottbus war vor Ort, um eine Spende in Höhe von 500,00 Euro zu übergeben. Dieses Geld wurde durch die Linksjugend von Mitgliedern der Partei DIE LINKE auf vergangenen Veranstaltungen mit dem Zweck gesammelt, das Asylbewerberheim bei dem Aufbau eines öffentlichen Sport- und Spielplatzes zu unterstützen. Verwendung findet die Geldspende in der Anschaffung und Aufstellung einer feststehenden Tischtennisplatte. Die Linksjugend wird den Aufbau außerdem mit einem Arbeitseinsatz unterstützen.

Wir wünschen allen Sachsendorfer Kindern viel Spaß auf dem neuen Spielplatz.

Alexander Bode, Vorsitzender

['solid] die sozialistische jugend

Geschäftsstellen-Report

Liebe Genossinnen und Genossen,

zum Erscheinen dieser Ausgabe unseres „Herzblattes“ kennen wir bereits das Ergebnis unsers Mitgliederentscheids zum Koalitionsvertrag.

Ich hoffe, dass wir in unserem Kreisverband eine hohe Beteiligung erreicht haben, damit das Ergebnis auch ein realistisches Meinungsbild abgibt, aber einer möglichen neuen Landesregierung mit LINKER Beteiligung auch den Rücken stärkt.

Um den Informations- und Meinungsaustausch zum Entwurf des Koalitionsvertrages ging es auf der Basiskonferenz in Lauchhammer am 15. Oktober. Hier wurde lebhaft über das Verhandlungsergebnis und die „LINKE Handschrift“ diskutiert (siehe Artikel Seite 3). Wir stellten für die gemeinsame Anreise nach Lauchhammer einen Bus zur Verfügung. Auch wenn unser Kreisverband zahlreich auf der Veranstaltung vertreten war, ist eine bessere Auslastung eines solchen Angebots für das nächste Mal wünschenswert.

Mit der praktischen Nachbereitung des hinter uns liegenden Superwahljahres sind wir weitestgehend durch. Insbesondere die Entsorgung der Plakate und die Räumung der ehemaligen Praxis Dr. Blau, die uns als zusätzliche Fläche für die Wahlkämpfe zur Verfügung stand, kamen einem Kraftakt gleich.

Allen, die dabei mithalfen, insbesondere den Diensthabenden in unserer Kreisgeschäftsstelle, gilt mein herzlicher Dank.

Ein weiteres Dankeschön geht an unsere Linksjugend: Nachdem auf verschiedenen Veranstaltungen fleißig Spenden gesammelt wurden, konnte nun ein Scheck an das Asylbewerberheim in Cottbus übergeben werden (siehe nebenstehende Artikel).

Abschließend möchte ich die Gelegenheit nutzen, Euch an zwei wichtige Termine im November zu erinnern: Unsere Gesamtmitgliederversammlung für den Ortsverband Cottbus am 8. November sowie unseren Kreisparteitag in Welzow am 22. November.

Ich hoffe, viele von Euch dort zu sehen.

Christopher Neumann,
Kreisgeschäftsführer

Aufbruch der Arbeiterbewegung oder „verhinderte Neuordnung“?

Günther Waschkuhn zur Gründung des DGB vor 65 Jahren

Am 13. Oktober 1949 wurde der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) gegründet. Diese Gründung war jedoch nicht Beginn, sondern Abschluss des Aufbauprozesses der (west)deutschen Gewerkschaften nach der Niederlage des deutschen Faschismus, die allein dem militärischen Eingriff der Alliierten zu verdanken war.

Es war keine Revolution „von innen“ wie im November 1918, sondern 1945 fast ausschließlich(!) eine Intervention „von außen“, die die Rahmenbedingungen für die gesellschaftliche Neuordnung setzte. Das unterschied die Situation in Deutschland von der in anderen europäischen Ländern, zum Beispiel Italien. Dem widerspricht nicht, dass es einzelne erfolgreiche Versuche spontaner gewerkschaftlicher Selbstorganisation – so in Hamburg – gab. Schon fünf Wochen nach der Gründung einer „Sozialistischen Freien Gewerkschaft“ entzog die britische Militärregierung dieser die Genehmigung (politische Aktivitäten waren verboten, gewerkschaftliche Aktivitäten nur mit Zustimmung der zuständigen Besatzungsmacht möglich).

Die Konditionen für den (überbetrieblichen) gewerkschaftlichen Neuanfang wurden also im Wesentlichen von den Siegermächten bestimmt und folgten damit der Logik des sich entwickelnden „Kalten Krieges“.

Zwar bemühten sich die Gewerkschaften seit November 1946, zu einer gesamtdeutschen Zusammenarbeit zu kommen, doch spätestens mit der als „Währungsreform“ bezeichneten Währungsspaltung war dieser Versuch gescheitert.

Erfolgreich entwickelte sich nach Kriegsende der Aufbau betrieblich-gewerkschaftlicher Interessenvertretungen, im Frühjahr 1946 regelte der Alliierte Kontrollrat einheitlich für alle Besatzungszonen die Einrichtung von Betriebsräten durch demokratische Wahlen.

Die Neugründung der Gewerkschaften als überbetriebliche Interessenvertretung wurde ebenfalls durch eine Direktive des Alliierten Kontrollrats (3. Juni 1946) geregelt. In Übereinstimmung mit der Auffassung der deutschen Seite sollte die Aufspaltung in weltanschaulich-politische Richtungsgewerkschaften verhindert werden.

Über das Ziel der Einheitsgewerkschaft gab es jedoch Differenzen, sowohl zwischen den deutschen Gewerkschaftsgruppen als auch unter den Besatzungsmächten. So wollten führende deutsche Gewerkschafter wie der spätere DGB-Vorsitzende Hans Böckler eine(!) Einheitsgewerkschaft, die sowohl Richtungsgewerkschaften als auch das Industrieverbandsprinzip ausschließt.

Der tatsächliche Aufbauprozess entwickelte sich jedoch anders. In der Sowjetischen Besatzungszone wurde mit Hilfe (und unter Kontrolle) der Besatzungsmacht der Aufbau des FDGB nach dem Industrieverbandsprinzip rasch vorangetrieben. In den westlichen Besatzungszonen blockierten die Besatzungsmächte einen schnellen Organisationsaufbau mit einer zentralistischen Struktur.

Mit dem Marshallplan und der bereits erwähnten „Währungsreform“ wurden die Weichen für die Gründung der Bundesrepublik gestellt, der die der DDR folgte. Die Gewerkschaften folgten der Entwicklungslogik der Spaltung in zwei deutsche Teilstaaten mit konkurrierenden Gesellschaftssystemen.

In der DDR wurde der FDGB Teil des staatlichen Systems und verlor die Funktion der unabhängigen Interessenvertretung der „abhängig Beschäftigten“, die es in der Logik eines sozialistischen Staates nicht (mehr) gab.

In den westlichen Besatzungszone, und dann in der neu gegründeten Bundesrepublik, verlangten die Gewerkschaften (mehrheitlich) eine gesellschaftliche Neuordnung, orientiert am Konzept der „Wirtschaftsdemokratie“. Dieses Konzept kann durchaus als Versuch eines „Dritten Weges“ zwischen Kapitalismus und bürokratischem Staatssozialismus bezeichnet werden.

Das Wirtschaftsprogramm des DGB (ebenfalls auf dem Gründungskongress verabschiedet) enthält Forderungen nach Vollbeschäftigung, umfassende Mitbestimmung auch bei wirtschaftlichen Entscheidungen, Überführung der Schlüsselindustrien und der Kreditinstitute in Gemeineigentum, volkswirtschaftliche Rahmenplanung. Dabei hofften die Gewerkschaftsführungen mehrheitlich auf parlamentarische Mehrheiten, die diese Forderungen übernehmen würden.

Der Lauf der Dinge ist bekannt: Mit der Restauration der Bundesrepublik als Gesellschaft mit einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung gerieten die Gewerkschaften in die Defensive. Schon gegen den Marshallplan regte sich kaum Kritik, die „Währungsreform“ wurde zwar mit Blick auf die Verteilungswirkung kritisiert, war aber nicht Gegenstand massiver gewerkschaftlicher Aktionen.

Gewiss muss berücksichtigt werden, dass die Alltagssorgen und der Kampf um das tägliche Überleben die Mobilisie-

(Fortsetzung auf Seite 10)

DGB
ARBEIT
GERECHTIGKEIT
SOLIDARITÄT

Aufbruch der Arbeiterbewegung oder „verhinderte Neuordnung“?

(Fortsetzung von Seite 9)

rungsmöglichkeiten der Gewerkschaftsmitglieder einschränkten. Dennoch bleibt festzustellen: Die Restauration („verhinderte Neuordnung“) wurde dadurch erleichtert, dass außerparlamentarischer Druck ausblieb.

Mit der Gründung des DGB als Dachverband von Einzelgewerkschaften mit fast fünf Millionen Mitgliedern wurde ein wichtiges Ziel der deutschen Gewerkschaftsbewegung erreicht: Die (wenn auch eingeschränkte) Einheitsgewerkschaft! Doch die Hoffnungen auf gleichberechtigte Teilhabe der Gewerkschaften am gesellschaftlichen Aufbau wurden enttäuscht. Bereits das Grundgesetz erbrachte nur wenige (teils interpretationsfähige) Festlegungen zur Sozial- und Wirtschaftsordnung.

Das Ergebnis der 1. Bundestagswahl ergab nicht die von den Gewerkschaften erwartete parlamentarische Mehrheit der SPD. Damit fehlte die Grundlage für Veränderungen der Wirtschafts- und Sozialstruktur im Gesetzgebungsweg. Und mit der Verabschiedung des „Betriebsverfassungsgesetzes“ am 11. August 1952 gegen alle Proteste der Gewerkschaften erlitten sie eine entscheidende Niederlage. Der Versuch, das Wirtschafts- und Sozialsystem in Kooperation mit dem Staat in ihrem Sinne umzugestalten, war gescheitert.

Die folgenden Jahrzehnte der deutschen Gewerkschaftsbewegung (West) waren geprägt von Erfolgen der Tarifpolitik bis in die 70er Jahre. Teilhabe am wirtschaftlichen Wachstum durch Lohnzuwächse und Arbeitszeitverkürzungen, sichere Arbeitsplätze bei (relativer) Vollbeschäftigung - fast entstand der Eindruck, der Kapitalismus habe sich „reformiert“ und sei human geworden.

Doch der Sprung zurück in die Gegenwart zeigt: Die Frage nach einer Neuordnung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung ist mindestens so aktuell wie im Oktober 1949!

Günther Waschkuhn
(Gewerkschaftssekretär: hbv 1974-2000, dann bis 2007 bei ver.di)

Militärisch hat sich Deutschland völlig herauszuhalten

Während ich diesen Text schreibe, ist das Schicksal der kurdischen Stadt Kobane unklar. Aber die Situation von Kobane, eingeklemmt zwischen der türkischen Armee und den mörderischen Söldnertruppen des „Islamischen Staates“ (IS) wirft ein Schlaglicht auf die politische und moralische Verfasstheit des Westens, der sich gern als Wertegemeinschaft interpretiert sehen will.

Die Türkei treibt ihr eigenes Spiel. Eine Intervention mit ihren Truppen kommt für sie erst in Frage, das kommuniziert sie in Richtung Washington, wenn sie gegen Assad Krieg führen darf. Derweil blockiert sie Nachschubwege für die Kurden, lässt aber nach wie vor potenzielle IS-Kämpfer unbehelligt passieren. Auch die Nachschubwege für den IS scheinen nach wie vor intakt zu sein. Das Schicksal der Kurden ist der Türkei keinesfalls gleichgültig. Sie scheint es zu begrüßen, dass die PKK und die mit der PKK verbündete PYD durch die Kämpfe mit dem IS zumindest erheblich geschwächt werden. Aber die übrigen NATO-Staaten – also die USA und Europa – scheinen diese schweren Menschenrechtsverletzungen zu tolerieren.

Ich konstatiere ein schweres Versagen des Westens – gemessen an seinen eigenen Wertvorstellungen. Eine Wertegemeinschaft ist die NATO jedenfalls nicht mehr, sondern ein Interventionsbündnis. Aber es gibt auch ein weiteres Versagen. Der UN-Sicherheitsrat ist nach der UN-Charta insbesondere und ausschließlich dafür zuständig, auf Gefährdungen des Friedens in angemessener Weise zu reagieren. Im Sicherheitsrat gibt es die fünf privilegierten Vetomächte, gegen die kein Beschluss zustande kommt. Das impliziert auch eine besondere Verantwortung dieser Mächte. Dass der Sicherheitsrat nicht wirklich aktiv wird, ist Ausdruck großer Verantwortungslosigkeit.

Natürlich kennen wir die politischen Gründe, die eine Einigungsfähigkeit erschweren. Unter diesen Gründen findet sich die Haltung zum Assad-Regime. Auch die sehr angespannten Beziehungen der USA zu Russland spielen eine Rolle. Aber ist es wirklich zu viel verlangt, dass sich die Mächte USA, China, Russland, Frankreich und Großbritannien darauf verständigen müssen, was jetzt gegen den IS unternommen werden muss und kann? Und wenn sie handeln, auch militärisch, müssen sie ausschließlich gemeinsam handeln, damit sich ihre unterschiedlichen Interessen ausgleichen

Obamas merkwürdige Koalition der Willigen taugt nichts. Sie operiert völkerrechtswidrig und ist ineffektiv. Der Kampf gegen den IS würde einige Jahre dauern, meinte man im Weißen Haus. Das hieße, dass wir mindestens noch ein, zwei Jahre lang Massaker erleben dürfen, bei denen die Türkei indirekt weiterhilft und die restliche NATO eher zuschaut.

Militärisch hat Deutschland sich völlig herauszuhalten. Dieses Land ist nicht privilegiert, es ist keine Weltmacht, und es hat auch eine andere Geschichte.

Gregor Gysi, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Kobane *Foto: wikimedia.org, Karl-Ludwig Poggemann*

Der Erste Weltkrieg
Ein Krieg der Dichter und Denker

Der Chef des Generalstabes Helmuth von Moltke (1857-1888) warnte in einer Reichstagsrede am 14. Mai 1890: „... wenn der Krieg, der jetzt schon mehr als zehn Jahre lang wie ein Damoklesschwert über unseren Häuptern schwebt – wenn dieser Krieg zum Ausbruch kommt, so ist seine Dauer und ist sein Ende nicht abzusehen“. Und später: „...es kann ein siebenjähriger, es kann ein dreißigjähriger Krieg werden – und wehe dem, der Europa in Brand steckt, der zuerst die Lunte in das Pulverfass schleudert!“ Doch was macht sein Neffe – der deutsche Generalstabschef gleichen Namens (1906-1914)? Krieg!

Von 1914 bis 1918 gingen „Stahlgewitter“ (Ernst Jünger) hernieder – der Erste Weltkrieg kam für vier Jahre auf die Bühne. Die tragende Rolle spielte das Militär. Der Vorhang fiel – alles Menschliche verschwand dahinter.

Beide Moltkes dürften gewusst haben, Krieg ist nie nur ein Akt militärischer Gewalt, er ist auch ein Feld geistiger Auseinandersetzung. Gefochten wird nicht nur auf dem Feld, sondern auch in Werkhallen und Ingenieurbüros. Dabei werden auch Pinsel und Federn zu Waffen. Der jüngere Moltke entdeckte auf seine Art den Geist für sich, als er schrieb: „Eine geistige Weiterentwicklung der Menschheit ist nur durch Deutschland möglich.... Es ist das einzige Volk, das zurzeit die Führung der Menschheit zu höheren Zielen übernehmen kann.“ Moltke machte mit diesen Worten schon deutlich, worum es dabei geht: Um geistige Führungsansprüche sowie um die Verteidigung und Ausweitung eigener politischer und wirtschaftlicher Interessen- und Einflusssphären.

So werden Kriege vorbereitet und gemacht. Und es gilt: Für Kriege wird militärisch und geistig mobil gemacht. Dafür bluten müssen meist weniger die Generale, umso mehr jedoch der einfache Soldat. Während die Kriegsmaschine so am Laufen gehalten wird, hallt nicht nur der Geschützdonner über die Schlachtfelder, auch auf propagandistische Begleitmusik wird den Soldaten ein Anrecht eingeräumt. Diesen Aspekt des „Großen Krieges“ erinnernd und ins Bewusstsein rufend, soll hier ins Wort gesetzt werden:

Im Oktober 1914 unterzeichneten 93 Wissenschaftler, Künstler und Schriftsteller einen „Aufruf an die Kulturwelt“. Darin erhoben sie „gegen die Lügen und Verleumdungen unserer Feinde, in dem (Deutschland) aufgezwungenen Daseinskampf“ ihren Protest. Die deutsche Kriegsschuld und der Völkerrechtsbruch wurden in „kulturvoller“ Weise abgestritten. Letztlich wurde noch das Vermächtnis von Goethe, Beethoven und Kant bemüht, um den Krieg zu rechtfertigen.

Erschreckend viele „Ingenieure der Seele“, so nannte Stalin die Intellektuellen, waren zu einem „Stellungswechsel“, weg vom Schreibtisch, raus aus dem Atelier und rein in den Krieg bereit.

Für andere, wie für den „Zauberberg“, **Thomas Mann**, wurde die Feder zum Bajonett. Ganz „Mann-haft“ stach er zu, als er sich zu diesem Waffengang äußerte: „Es war Reinigung, Befreiung, was wir empfanden und eine ungeheure Hoffnung.“ Ferner spricht Mann von der „Veredlung“ des Menschen im Krieg und vom Ausstieg aus einer „satten Friedenswelt“.

Der Soziologe **Max Weber** („Politik als Beruf“) bedauerte hingegen, dass er in diesem „großen und wunderbaren Krieg“ nicht mit an die Front ziehen durfte. Als Lazarettoffizier verteidigte er ihn dennoch: „Wir mussten ein Machtstaat sein und mussten, um mitzusprechen bei der Entscheidung der Zukunft der Erde, es auf diesen Krieg ankommen lassen.“

Der Dichter der Lüneburger Heide und Urvater der Umweltschutzbewegung, **Hermann Löns**, schaffte es, obwohl schon relativ alt (1866), in die Kaserne und dann an die Front. Dort kam die Ernüchterung, die er in folgenden Zeilen ausdrückte: „Sehe von meinem Lager den Sternschnuppen zu. Denke an die Leichen, an den erschossenen Spion droben am Firmament dieselbe Not. Leben ist Sterben, Werden, Verderben.“ Bei einem Sturmangriff bei Loivre, am 26. September 1914, schrieb eine Kugel einen letzten verderblichen Reim und beendete sein Leben. Hinterlassen hat Löns ein berührendes wie realistisches Kriegstagebuch.

Im August 1914 meldete sich der Maler **Franz Marc** freiwillig zum Kriegsdienst. Bei Ausbruch des Krieges empfand er ihn noch als „positive Instanz“. In seinen „Briefen aus dem Feld“ beschreibt Marc ein „krankes Europa“, das durch den „Krieg geläutert werde“. Ein Umdenken setze erst 1915 ein. Da bezeichnete er den Krieg als den „gemeinsten Menschenfang, dem wir uns ergeben haben“. 1916 wurde Franz Marc in die Liste der bedeutendsten Künstler Deutschlands aufgenommen und damit vom Kriegsdienst befreit. Aber zwei Granatsplitter hatten etwas dagegen und rissen den „Blauen Reiter“ (Künstlervereinigung) nahe Verdun bei einem Erkundungsritt am 4. März in den Tod – einen Tag vor dessen Freistellung vom Kriegsdienst. Als der damaliger Kriegsteilnehmer, Adolf Hitler, der sein Eisernes Kreuz nur der Fürsprache eines jüdischen Offiziers zu verdanken hatte, 1933 zur Macht gekommen war, galt Marcs Kunst übrigens als entartet.

Abschließend, wenn solche Beispiele nicht eines klar machen: In jedem Krieg geht es auch um Ideen und um Köpfe, die sie tragen sollen.

Die wahre Kunst staatlichen, politischen und militärischen (Nicht-)Handelns sollte darin bestehen, so zu arbeiten, dass diese Köpfe nicht erst fallen müssen, sondern dass mit ihnen im friedlichen Wettbewerb um die besten Ideen gerungen werden kann. Allerdings scheint von den Staatenlenkern vor allem diese „Kunstfertigkeit“ nicht sehr geschätzt zu sein.

Auf jeden Fall wäre es kreativer, sinnstiftender und menschlicher als der Bau immer neuer Waffen mit noch tödlicherer Wirkung, die Erfindung immer neuer Kriegsgründe und damit verbundener Lügen und die ständige Reanimation alter Feindbilder, was nur neue Katastrophen herauf beschwören würde.

René Lindenau

Die kleine Schwester der „BILD“

Die kleine Schwester der „BILD“ ist die „Lausitzer Rundschau“. Diese meine grundsätzliche Einschätzung ist nicht neu, wurde aber am 9. Oktober ins Unendliche verstärkt.

Das große Titelbild dieser Ausgabe versucht, die Sensationsgier der Leser zu befriedigen. Es zeigt einen Verkehrsunfall in einer wunderschönen Landschaft. Die Hauptperson des Motives ist natürlich ein Toter. Das eigentlich Traurige aber

LAUSITZER RUNDSCHAU

ist, dass diese beunfallte Straße für zehn Stunden gesperrt wurde. Nur wenige Millimeter unterhalb des Bildes prankt in großen Lettern die Schlagzeile „Wo in Deutschland das Glück wohnt“. Im dazugehörigen Text wird auch dem nun toten Fahrer mitgeteilt, dass die Brandenburger am wenigsten Glück in dieser unserer Republik haben. *Uwe T.*

Sanfter Kampf

Es liegt auf der eisernen Hand
der Panzerfaust:
Bei blutigen Profiten
der Rüstungsindustrie
Wird das Wort Demokratie
Die für Unversehrtheit
des Frieden kämpft
Mit Füßen getreten

Jürgen Riedel, Lyriker

Freihandel für die Konzerne?

Argumentation von MdB Micheal Schlecht (gekürzt)

Die Kritik an den Freihandelsabkommen TTIP und CETA wächst. Immer mehr Menschen wenden sich gegen drohende Deregulierung, Privatisierung und wachsenden Konkurrenzdruck. Um sie zu beruhigen, präsentiert sich Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) als Schutzpatron der Bürger: Eine Abschwächung von sozialen Standards und Sonderrechte für Konzerne werde er verhindern. Verpflichten will er sich darauf aber nicht. Warum wohl?

Die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen CETA mit Kanada hat die EU abgeschlossen, die Verhandlungen zum TTIP-Abkommen mit den USA laufen noch.

Diese Verträge haben viele Freunde: Vom Industrieverbandschef Ulrich Grillo über BMW-Chef Norbert Reithofer bis zu Wirtschaftsminister Gabriel.

„Freihandel ist im Interesse von Ländern wie Deutschland, weil wir Exportnationen sind“, wirbt er für die Abkommen und tut damit so, als wäre der Welthandel in den letzten Jahrzehnten nicht bereits radikal liberalisiert worden.

Die Gefahren hingegen sind riesig. Deswegen hat sich eine internationale Allianz von Organisationen gebildet, die das Freihandelsabkommen kippen wollen. Sie warnen vor einer Abschwächung des Verbraucherschutzes, von Arbeitsstandards, von Schutzmechanismen und vielem mehr. Besonders gefährlich wäre die Einrichtung von internationalen Schiedsgerichten. Vor ihnen könnten Konzerne Staaten verklagen, wenn sie ihre Investorenschutzrechte verletzt sähen. Als „indirekte Enteignung“ kann dabei bereits gelten, wenn staatliche Regelungen dazu führen, dass ein Investor nicht die erwartete Rendite einfährt. Dann können riesige Schadenersatz-Zahlungen fällig werden. Derartige Investorenschutzgesetze und „Streitschlichtungsmechanismen“ sind im CETA-Abkommen bereits enthalten. Und CETA gilt als Blaupause für das größere TTIP mit den USA.

Seit dem 11. Oktober hat die Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA mit der Sammlung von Unterschriften begonnen. Gestartet wurde am 11. Oktober europaweit, auch in Cottbus standen Aktivisten von attac und der LINKEN.Cottbus auf dem Stadthallenvorplatz und warben gemeinsam um die Proteststimmen von Bürgern.

Bitte nehmt die eingelegten Unterschriftslisten und sammelt in Eurem Umkreis. Eine Million Unterschriften müssen europaweit innerhalb eines Jahres gesammelt sein, das ist ein ganz schöner Brocken. Macht mit!

Sonja Newiak

• • • • • • • • • • • • •

Mehr als 600 000 Unterschriften hat die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative (EBI) gegen TTIP und CETA innerhalb weniger Tage gesammelt. (Stand 16.10.14) Hier kann online unterschrieben werden: http://stop-ttip.org/de/unterschreiben/

Willkommen in Cottbus!

Im Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Rechte der Minderheiten ist unsere Fraktion durch Veronika Piduch, Karin Kühl und Eberhard Richter (als Vorsitzender) vertreten. Im Oktober stand unter anderem das Thema Asylbewerber und Flüchtlinge auf der Tagesordnung. Die Leiterin des Fachbereiches, Maren Dieckmann, berichtete.

Durch die gute Zusammenarbeit zwischen dem beauftragten Träger der Gemeinschaftsunterkunft (Malteser Werke gGmbH), dem Sozialamt, der GWC und der eG Wohnen kann die Aufnahme, Betreuung und Integration der Flüchtlinge in Cottbus erfolgreich gestaltet werden. Seit vielen Jahren werden Flüchtlingsfamilien und auch Einzelpersonen nach relativ kurzer Zeit in ganz normale Wohnungen im Stadtgebiet verstreut untergebracht. Integration hat so einen guten Ausgangspunkt. Das geht übrigens auf einen Antrag der damaligen Fraktion der PDS zurück.

Zurzeit sind in Cottbus 195 Flüchtlinge in Betreuung. Darunter 63 Kinder. Sie werden, wenn sie das entsprechende Alter haben, auch in die Schulbildung einbezogen. Entsprechend der aktuellen Quote des Landes Brandenburg hat Cottbus 3,7 Prozent der ankommenden Personen aufzunehmen. Damit würde die Zahl in 2014 auf 276 steigen. Frau Dieckmann bestätigte, dass dazu alle notwendigen Vorkehrungen getroffen sind. In Zusammenarbeit mit Lothar Nicht, unserem Dezernenten, wurde auch ein Notfallplan erstellt. Er kommt zum Tragen, wenn aus nicht vorhersehbaren Gründen die Zahl der Hilfesuchenden wesentlich höher werden sollte.

Viele CottbuserInnen engagieren sich bei Betreuung und Integration. Die Stärkung der Willkommenskultur hat sich auch DIE LINKE auf die Fahne geschrieben. In unserem Wahlprogramm ist es festgehalten. *Eberhard Richter*

„Private Vorsorge – sorgenfreier Ruhestand“

Mythen und Fakten zur Rentenpolitik (Teil 10)

Was gesagt wird:

Die Menschen werden immer älter, die gesetzliche Rente geht zurück? Kein Problem, werben die Versicherungsunternehmen. Die Lösung lautet: Einfach privat vorsorgen und einen Teil des Einkommens in einen Altersvorsorgevertrag stecken. Da winken hohe Renditen. „Mit der Allianz PrivatRente können Sie so alt werden, wie Sie wollen“, wirbt der Allianz-Konzern.[1] Und die Versicherung CosmosDirekt mahnt: „Die gesetzliche Rente reicht bei weitem nicht aus, um Ihren gewohnten Lebensstandard zu behalten. Sorgen Sie rechtzeitig mit einer privaten Rente vor! Auf uns können Sie sich verlassen.“[2]

Was ist dran?

An der Behauptung, dass tolle Renditen winken, war nie viel dran. Denn hohe Renditen sind allenfalls kurzfristig oder für Einzelne möglich. Als Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann 25-Prozent-Renditen zum Maßstab erklärte, hätte eigentlich allen klar sein müssen: Solche Erträge kann man nur kurzfristig oder auf Kosten anderer erzielen. Wenn das Wirtschaftswachstum in einer Volkswirtschaft nicht mehr als zwei oder drei Prozent beträgt, kann ein 25-Prozent-Profit der einen nur zulasten von anderen gehen.

Doch lange wurde diese schlichte Erkenntnis einfach ausgeblendet. Denn steigende Aktienkurse und relativ hohe Zinsen versprachen an den Finanzmärkten gute Renditen. Damals hatten VerteidigerInnen der gesetzlichen Rentenversicherung und KritikerInnen der privaten Altersvorsorge einen schweren Stand: „Als ich in der Auseinandersetzung um die Riester-Rente die willkürliche Manipulation der Rentenformel und die daraus folgende drastische Absenkung des Rentenniveaus kritisierte und verhindern wollte, wurde mir ständig um die Ohren gehauen, was ich denn eigentlich wolle: Die Rendite der gesetzlichen Rentenversicherung sei doch unter zwei Prozent und die private Zusatzversorgung mehr als doppelt so hoch. Ob ich denn den Arbeitnehmern Geld vorenthalten wolle, lautete die rhetorische Frage damals. Das war die gängige Argumentation – auch bei den Tarifpolitikern in den Gewerkschaften.“ So die ehemalige stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer.[3]

Das hat sich jedoch mit dem Crash der Finanzmärkte 2008 geändert. Inzwischen sind die MarktschreierInnen der privaten Versicherungen kleinlauter geworden – ein bisschen zumindest. Schließlich können die Finanzunternehmen angesichts

des niedrigen Zinsniveaus ihre Renditeversprechen kaum noch halten. Deswegen fordern Versicherer höhere staatliche Zulagen und weitere Vergünstigungen.

Heute rechnet sogar das „Handelsblatt“ unter der Überschrift „Rente schlägt Allianz & Co.“ die Vorteile der gesetzlichen Rentenversicherung vor: „Wer noch zwanzig Jahre arbeiten muss, kann die staatliche Rente vergessen, glauben viele. Weit gefehlt. [...] Ein Rechenbeispiel: Sie hat gearbeitet, seit sie 18 ist, und mit den Jahren in der Modebranche Karriere gemacht. Doch jetzt sorgt sich die 42-Jährige um ihre Rente. Vor Jahren hat sie sich mehrere geschlossene Fonds andrehen lassen und damit fast ihre gesamten Ersparnisse verloren. Endet sie nach all den Fehlinvestitionen in Altersarmut? Da irrt sie sich. Die staatliche Rente ist ihr größter Vermögensposten, und die Rendite ihrer Rente ist sogar höher, als bei mancher Privatrente. [...] Die Deutsche Rentenversicherung errechnete für Frauen mit dem Profil unserer Modeexpertin eine Rendite von durchschnittlich 3,4 Prozent. Für Private eine ziemlich hohe Messlatte.“[4]

Während die private Vorsorge also mit den Börsenkursen auf und ab schwankt, ist die gesetzliche Rente noch immer ein verlässliches „Investment“. Bei privaten Versicherungen tragen die Versicherten das Risiko. Ob meine Investition Früchte trägt, ob ich gut oder schlecht gewählt habe, weiß ich erst, wenn ich in Rente gehe. Statt einer Beteiligung am allgemeinen Wohlstand muss ich auf maximale Rendite meiner Kapitalanlage spekulieren. Und hohe Renditen gibt es kurzfristig meistens für die Unternehmen, die das Maximum aus ihren Beschäftigten herauspressen.

Hinzu kommen intransparente und undemokratische Entscheidungsstrukturen. „Der Kapitalmarkt“ entscheidet über Renditen von Wertpapieren, und private Versicherungen wie die Allianz verteilen ihre Risikoüberschüsse ungleichmäßig auf ihre Versicherten. Die solidarische Rentenversicherung dagegen ist selbstverwaltet, dadurch demokratisch und transparent, und sie beteiligt alle gleichmäßig an der Entwicklung.

• • • • • • • •

1) Vgl. www.allianz.de/produkte/altersvorsorge.
2) Vgl. www.cosmosdirekt.de/produkte/versicherung/ rentenversicherung/?k_vtweg=51912&wt_ga=2458096807_23731907287&wt_kw=Broad_2458096807_privat+altersvorsorge+vergleich.
3) www.wirtschaftundgesellschaft.de/2013/06/renterentenversicherung-die-wirklich-bedurftigen-bleiben-alle-ausen-vor-im-gespraech-mit-ursula-engelen-kefer.
4) „Handelsblatt“ vom 14.1.2013.

Teil 11 im Dezember-„Herzblatt“

Zum „Herzblatt“-Artikel:

„Die Mütterrente benachteiligt erwerbstätige Mütter“

Die skandalösen Regelungen der sogenannten Mütterrente werden noch dadurch erweitert, dass Frauen, die eine Witwenrente beziehen, beim Bezug von Mütterrente auch die Witwenrente gekürzt wird. Dies teilte mir jetzt eine Bekannte mit, die bereits längere Zeit Witwe ist. Ach dies hat bisher nirgends in der Presse gestanden. Das „Herzblatt“ ist ansonsten sehr gut.

Joachim Skoma

Nachdenken kann helfen

Die Gedanken sind frei... wird gesagt und gesungen. Erraten? Nein, ich schreibe sie nicht auf.

Der IS kämpft und mordet. Anfänglich mit wohlwollender Duldung (vielleicht auch mehr?) durch die Regierung der Türkei. Medien tun es kund. Die Hoffnung der Türkei: Die Kurden werden bekämpft, gleichzeitig wird Assad geschwächt.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Die Türkei ist bereit zu helfen gegen den IS und fliegt Einsätze gegen kurdische Stellungen!? Denk selbst nach warum!

Die USA-Luftwaffe und Verbündete bombardieren die Einheiten und Stellungen der IS nahe und in der umkämpften Grenzstadt Syriens und vom IS besetzte Ölfelder in Syrien. Von der Vernichtung schwerer Kampfmittel – wie Kanonen und Panzer – wird berichtet. Die strategischen Erfolge gegen den IS sind bisher sehr gering. Vielleicht auch hier der Grundgedanke (ist ja frei!), damit auch Assad zu treffen? Eigenartig dabei: Die beteiligten Staaten sind sich in Bekenntnissen einig...

Zur Ukraine: Dort war sofort klar, die Separatisten erhalten alles von Russland. Daran war nicht zu zweifeln, denn die Kampfmittel in der Ukraine sind die gleichen wie in Russland. Nachweisbar kamen Lebensmittel aus Russland.

Zurück nach Syrien: Kann die NATO nicht feststellen, von wem der IS seine modernen und schweren Waffen bezieht? Wäre dann nicht auch ein Embargo angebracht und möglich wie anderswo?

Bleibt noch die Frage: Warum keine Korridore für Nachschub an die kurdischen Kämpfer? Wer, was, warum will, tut oder tut nicht? Denk selbst nach!

Missen kann ich sie nicht die Gedanken. Auch nur am Anfang einen Standpunkt zu finden. *Gerhard Mahnhardt*

NSU-Prozess

Auf anderer Ebene
kein NSA-Prozess
warum nicht?
N.s.A.!
(Nie strafe Allmacht)

Jürgen Riedel, Lyriker

Es reicht langsam!

Nur mal zur Erinnerung: 1995(!), als die ganze Diskussion um den Begriff „Unrechtsstaat DDR“ noch viel heißer lief und jeden Tag ein/e neue/r „Stasi-Mitarbeiter/in“ oder „Begünstigte/r der SED-Diktatur“ (Kriegspfarrer Gauck zu dieser Zeit) medial hingerichtet wurde, urteilte das Bundesverfassungsgericht dieses durch und durch antikommunistischen Landes sinngemäß wie folgt: „Die hoheitlichen Handlungen der DDR (also alles, was irgendwie mit Handlungen des Staates zu tun hatte – Formulare, Geburtsurkunden, Kita-Plätze, Schulbesuche, Berufsausbildung, Dienstpflichten, Arbeit, Wohnung, Kinder kriegen, eventuell auch Scheidung, staatliche Behörden und ihre Papiere, Gerichtsurteile, und so weiter...) entsprachen zu 95 Prozent (!sic!) modernen rechtsstaatlichen Prinzipien.“ Das sagte das höchste deutsche Gericht bereits 1995!

Jetzt mal andersrum: Über 120 000 politisch begründete Berufsverbote gegen LINKE in der alten BRD, Unterstützung lateinamerikanischer Diktatoren, Zusammenarbeit mit Apartheid-Südafrika, Polizeigewalten gegen LINKE antimilitaristische antifaschistische Demos, und so weiter... Alles besser?!

Heute politisches Rentenstrafrecht gegen DDR-Bürger, die mal meist freiwillig viel Verantwortung und damit viele Lasten getragen haben – ich bin selbst betroffen. Ausgrenzung Ärmerer aus Kultur und Bildung, Verweigerung des Menschenrechts auf Arbeit und so weiter – alles i. O.?! Wer heute besonders viel von Rechtsstaat und/oder Unrechtsstaat redet, die/der hat es wohl besonders nötig! Für beides gibt es KEINE klare juristische Definition!

Der bürgerliche Begriff „Rechtsstaat“ soll nur die Illusion von staatlicher Gerechtigkeit verbreiten! Und das in einem deutschen Staat, der schon wieder Krieg führt und drittgrößter Waffenexporteur ist. Das sagt einer, der unter anderem für seine auf Parteiauftrag erfolgte Mitwirkung an nuklearer Abrüstung 1987/1988 in der DDR mit den sowjetischen Mittelstreckenraketen und anderen Verantwortungen für die Jahre 1980 bis 1990 wegen „Systemnähe“ zum „Unrechtsstaat“ Rentenpunkte aberkannt bekam und heute mit 40,00 Euro EU-Rente mehr als HARTZ-IV nach Abzug der Warmmiete auch ausgegrenzt ist. Diese Kampagne hat übrigens bereits Kriegstreiber und Antikommunist Gauck 1992(!) angeleiert.

Wer mit irgendwelchen Begriffen arbeitet, die Gaucks Tiraden ähnlich sind, darf sich über Ärger in den eigenen Reihen und darüber hinaus nicht wundern!

Reinhard Loeff

• • • • • • • • •

Gelesen und für gut befunden:

Unrechtsstaat DDR? Nein! Sie war ein UN-Rechtsstaat und in Würdigung ihrer Friedenspolitik als 1. Deutscher Staat UNO-Mitglied!!! („ND“, 29.10.14, Dietrich Rahn, Berlin)

...und ich füge hinzu: DDR-Hauptstadt Berlin trug den ihr verliehenen Namen „Stadt des Friedens“.

Sonja Newiak

Kobane, Rojava und die kurdische Selbstverwaltung

Vortrag am 20. November im quasiMONO

Die Stadt Kobane im Norden Syriens dürfte inzwischen allen bekannt sein als der Ort, an dem die Kurden verzweifelt dem Ansturm der Truppen des Islamischen Staates (IS) widerstehen. Obwohl es nur wenig Hilfe aus dem Westen gab, und die Türkei den Nachschub auf dem Landweg nach Kobane lange Zeit abschnitt, halten die Selbstverteidigungskräfte der Kurden (YPG) den Angriffen bisher stand und können einige Erfolge verbuchen.

Kobane steht im Mittelpunkt der medialen Berichterstattung. Das eigentliche Leben der Menschen vor Ort ist weitgehend unbekannt. In Rojava, dem kurdischen Gebiet Syriens, hat sie eine Art sozialistischer Selbstverwaltung etabliert, die sowohl dem IS aber auch der Türkei missfällt. Weshalb das so ist und über die Situation vor Ort berichten Mitglieder des kurdischen Studentenverbandes YXK, die kürzlich Rojava bereist haben. Sie erzählen vom Leben der Kurden, von ihrer Geschichte und der aktuellen Lage.

Am 20.11.2014 um 19.30 Uhr im quasiMONO, Erich-Weinert-Straße 2

Ein profundes Nachschlagewerk

Leonhard Kossuth, langjähriger Lektoratsleiter für Sowjetliteratur im Verlag Volk und Welt, inzwischen Neunzigjährig, hat nach dem Erinnerungsbuch an seinen legendären Verlag sowie der Familiensaga ein neues gewichtiges Buch vorgelegt, das geistig-kulturelle Vorgänge in der DDR anhand seines Schaffens und seiner Erfahrungen erfasst und darstellt. Akribisch hat er zusammengetragen, was forscherisches, übersetzendes, nachdichtendes und herausgeberisches Bemühen um sein Lebensthema „Majakowskis Werk in Deutschland“ ergeben hat.

Als engagierter, kritischer Zeitgenosse hat sich der Verfasser die Frage vorgelegt, warum er in unserer Zeit, da sowohl die von Majakowski „besungene“ Sowjetunion als auch das in dessen Deutschlandgedichten erahnte (und Wirklichkeit gewesene!) bessere Deutschland von der historischen Bühne verbannt wurden, an den „Dichter der Revolution“ auf diese Weise erinnert.

Im Vorwort wendet sich Kossuth mit einem fiktiven Brief an den Dichter, benennt treffend jene überaus brennend aktuellen Prozesse in Deutschland und der Welt, die ihn zutiefst berühren und bewegen: Soziale Grausamkeiten, friedensgefährdende, ja kriegerische Machenschaften der politisch ambitionierten, klassenegoistischen, profitorientierten Herrschenden des kapitalistischen Systems, wirtschaftliche Demontage und Fehlentwicklung im Osten Deutschlands im Zuge der sogenannten Wende, Existenzgefährdung, Entwürdigung von Lebensleistungen der Menschen, weltgreifende menschliche Kälte, widerfahrenes eigenes Unrecht...

Kossuth wäre nicht der profunde Kenner des Majakowskischen Werkes, wenn er nicht immer wieder dazu Bezüge herstellen würde: zu dessen scharfem Blick für die Gebrechen der kapitalistischen Gesellschaft, dem vielfach belegten historischen Optimismus im Angesicht der großen revolutionären Umbrüche in Russland seit 1917, zu seiner mit dichterischer Meisterschaft bekräftigten eigenen Position dazu. All dies, vor allem Majakowskis Streiten für eine menschliche Gesellschaft, was sensibles künstlerisches Erfassen von Unzulänglichkeiten des Neuen und Schwierigkeiten seines Werdens einschloss, veranlassen Kossuth auf die Aktualität der neuerlichen Hinwendung zum Werk des Dichters zu verweisen, das „in seiner ganzen Entwicklung zu einem poetischen Brennspiegel epochaler Umwälzungen“ wurde. Es ist also keineswegs eine nostalgische Angelegenheit, der sich der Verfasser mit dieser Publikation verschrieb. Majakowski ist für ihn, wie er es treffend formulierte, nicht zum „mittelalterlichen Relikt“ geworden.

Die Komposition des Buches ist so ungewöhnlich, wie das unterbreitete Material bemerkens und ausdrücklich hervorhebenswert ist. Im ersten Teil (134 Seiten) veröffentlicht Kossuth den Text seiner nicht fertig gestellten Dissertation zum obengenannten Thema aus dem Jahr 1957. Damals brach er die Weiterarbeit daran ab, weil seine Frau Charlotte verhaftet wurde und er künftighin vor allem Briefe schrieb...

Es folgen mehrere Abschnitte, die die umfangreichen, wissenschaftlich sorgfältigen Recherchen für die geplante Promotionsschrift belegen: Hochinteressante Befragungskorrespondenz mit Schriftstellern, wie unteranderem Joh. R. Becher, St. Hermlin, F. C. Weißkopf, Max Zimmering, die bekanntesten Majakowski-Übersetzer Hugo Huppert und Franz Leschnitzer und andere, die Wesentliches zur deutschen Majakowski-Rezeption beitrugen; Anfragen an und Antworten von Bibliotheken und Archiven sowie weiteren relevanten Institutionen im In- und Ausland.

Zu den aufgespürten Materialien, die Seltenheitswert haben dürften, und wie er schreibt offenbar eine Erstpublikation sind, gehört das Gutachten Erich Weinerts zu Übersetzungen Majakowskischer Verse durch Huppert und Leschnitzer aus dem Jahr 1940. Sechs eigene Majakowski-Nach-Dichtungen, entstanden beziehungsweise veröffentlicht seit 1953 bis in die heutige Zeit, darunter „Norderney“ und „Die Pariserin“, in einem gesonderten Abschnitt, zeugen von der frühzeitigen und bleibenden schöpferischen Affinität für den Dichter.

Dies ist auch immer wieder beeindruckend, wenn sich der Leser in seine Vorworte für die große fünfbändige, von ihm initiierte und verlegerisch betreute Majakowski-Ausgabe des Verlags Volk und Welt aus den Jahren 1966 bis 1973 vertiefen kann. Sie werden hier in Gänze nachgedruckt, jeweils mit aktuellen Vorbemerkungen von 2012. Diese Vorworte (im Ganzen fast 100 Seiten) vermitteln einen umfassenden Eindruck von dem letztlich weit über die anspruchsvollen Dissertationsforschungen hinausgreifenden literatur- und werkgeschichtlichen, ja selbst übersetzungstheoretischen Gedanken und Kenntnisfundus.

Gleichfalls der fünfbändigen Majakowski-Werkausgabe entnommen, teilweise ergänzt und auch mit aktuellen Vorbemerkungen versehen, sind die Bibliographien deutscher Majakowski-Nachdichtungen und deutschsprachiger Veröffentlichungen über den Dichter (für den Zeitraum von 1919 bis 1971 über 1000 Titel). Den Band rundet schließlich die bibliographische Aufstellung aller eigenen Veröffentlichungen bis in das Jahr 2012 (über 300 Positionen!) ab: Ein Beleg für das Leben begleitende Interesse für sein Generalthema Majakowski in Deutschland, aber zugleich auch für ein umfangreiches Wissen und das beständige Propagieren (als Herausgeber, Übersetzer, Nachdichter und als zutiefst politisch interessierter Zeitgenosse) der Sowjetliteratur, von Literatur des heutigen Russlands und des postsowjetischen Raumes. Ein profundes Nachschlagewerk also, wertvoll und unverzichtbar für die neuerliche Hinwendung zu Wladimir Majakowski.

Der Titel des Bandes, auf den vor über einem halben Jahrhundert verlustig gegangenen Doktorhut bezogen, hat in der (Lebens-) Leistung Kossuths seine positive Umkehr erfahren: Er saß und sitzt fest auf dem Kopfe des Leonhard Kossuth, und es war und ist der Zylinder des „Dichters der Revolution“.

Dr. Sonja Striegnitz

Leonhard Kossuth: „Der Hut flog mir vom Kopfe.“ Majakowskis Zylinder? Majakowski in Deutschland - Essays - Historische Korrespondenz - Bibliographien - Nachdichtungen im Vergleich.
Verlag: Nora, ISBN-10: 3865573118
ISBN-13: 978-3865573117, 39,00 Euro

Termine

08.11. **10.00 Uhr Gesamtmitgliederversammlung Ortsverband Cottbus**
Carl-Blechen-Grundschule (Turnhalle), Muskauer Str. 1

09.11. **12.00 Uhr Gedenken der Opfer des Holocaust**
Gedenkstein an den Stadtwerken Karl-Liebknecht-Straße

10.11. **18.30 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes DIE LINKE.Lausitz**
Kreisgeschäftsstelle

15.11. **10.00 Uhr Politfrühstück**
Kreisgeschäftsstelle
14.00 Uhr Ehrung der im Krieg Gefallenen
Feierhalle Südfriedhof

20.11. **17.00 Uhr „Die Tote an der Wendeschleife“ Autorenlesung mit Wolfgang Swat**
Bücherei Sandow

21.11. **19.00 Uhr Dr. Schöneburg „Unrechtsstaat“**
Tenglers Buchhandlung, Am Markt 11, Senftenberg

22.11. **10.00 Uhr Kreisparteitag**
City-Hotel Welzow, Poststr. 10, 03119 Welzow

26.11. **14.00 Uhr Stadtverordnetenversammlung Cottbus**
Stadthaus

28.-30.11. Herbstakademie
Blossin

01.12. **17.00 Uhr Fraktionssitzung**
Geschäftsstelle

02.12. **16.00 Uhr „Plauderstunde quer Beet“ mit Michael Becker, Schauspieler des Staatstheaters Cottbus**
Bücherei Sandow

05.12. **16.00 Uhr IG Politische Bildung**
Geschäftsstelle

08.12. **18.30 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes DIE LINKE Lausitz**

13.12. **10.00 Uhr Politfrühstück**
Kreisgeschäftsstelle

Jeden Mittwoch trifft sich die Linksjugend um 19.00 Uhr in der Kreisgeschäftsstelle.

Wir gratulieren zum Geburtstag

November

Zum 95. Berger, Herbert (19.11.)

zum 92. Krell, Robert (14.11.)

zum 91. Scheler, Herbert (12.11.)
Syniawa, Alois (28.11.)

zum 90. Bigos, Leo (14.11.)

zum 88. Winkler, Karl (30.11.)

zum 86. Rädisch, Dolly (10.11.)
Israel, Christfried (11.11.)

zum 85. Schwarz, Paul (3.11.)
Thomalsky, Heinz (6.11.)

zum 84. Didzuhn, Werner (8.11.)
Didzuhn, Inge (25.11.)

zum 83. Esche, Wolfram (30.11.)

zum 82. Schäfer, Heinrich (24.11.)

zum 81. Schwarz, Anni (10.11.)
Ulitzka, Elfriede (11.11.)
Haußig, Christa (14.11.)

zum 80. Gawellek. Horst (2.11.)
Schulz, Siegfried (11.11.)
Blumentritt, Horst (23.11.)
Schmidt, Waltraud (24.11.)
Düring, Helga (26.11.)

zum 70. Müller, Gernot-Uwe (7.11.)
Ebert, Dieter (12.11.)

zum 60. Kakuschke, Monika (7.11.)

zum 20. Tausch, Madeleine (29.11.)

Dezember

Zum 90. Gross, Käte (5.12.)

zum 89. Glona, Siegfried (8.12.)

zum 86. Twardawsky, Gerda (2.12.)
Worrack, Oskar (12.12.)

zum 83. Dähn, Heinz (8.12.)

zum 65. Dreischärf, Horst (7.12.)

Zur „Leseecke“

In der „Leseecke“ auf unserer Internet-Seite www.dielinke-lausitz.de veröffentlichen wir Artikel, die wir nicht ins „Herzblatt“ aufnehmen konnten. Diesmal sind es folgende Beiträge:

„Breitband als Standortvorteil“
Interview mit Ralf Christoffers, Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten a.D.

„Die Vereinten Nationen müssen das Heft des Handelns in die Hand nehmen“
Erklärung der Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Katja Kipping und Bernd Riexinger, angesichts der Zuspitzung des militärischen Konflikts um die kurdische Stadt Kobane

„Verankern, verbreiten, verbinden“
Anmerkungen von René Lindenau zum Projekt Parteientwicklung der LINKEN-Vorsitzenden, November 2013

Das ist der Herbst

Das ist der Herbst; die Blätter fliegen,
Durch nackte Zweige fährt der Wind;
Es schwankt das Schiff,
die Segel schwellen -
Leb wohl, du reizend Schifferkind! -
Sie schaute mit den klaren Augen
Vom Bord des Schiffes unverwandt,
Und Grüße einer fremden Sprache
Schickte sie wieder und wieder ans Land.
Am Ufer standen wir und hielten
Den Segler mit den Augen fest -
Das ist der Herbst! wo alles Leben
Und alle Schönheit uns verlässt.

Theodor Storm

Impressum

Herausgeber:
DIE LINKE.Lausitz, Ortsvorstand
03046 Cottbus, Straße der Jugend 114
Telefon: (03 55) 2 24 40

V.i.S.d.P.: Jürgen Siewert

Redaktion: Annely Richter, Horst Wiesner

E-Mail: *herzblatt@dielinke-lausitz.de*
homepage: **www.dielinke-lausitz.de**

Redaktionsschluss Dezember-Ausgabe:
22. November